

Kein Club von Neinsagern



Großer Medienrummel ...

Im Februar hat die Bundesregierung ihre Eckpunkte für eine Gesundheitsreform 2003 vorgelegt. Schon ist erkennbar, dass ein Paradigmenwechsel von der Patientenversorgung hin zur Staatsmedizin und zur Krankheitsverwaltung angestrebt wird. Auf dem Außerordentlichen Deutschen Ärztetag am 18. Februar 2003 in Berlin wurden im Axica Kongress- und Tagungszentrum aber nicht nur die Reformvorstellungen der Bundesregierung analysiert, sondern auch das Programm der Ärzteschaft für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens diskutiert.

Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer (BuÄK) und des Deutschen Ärztetages, legte in seinem Referat die „Gesundheitspolitischen Grundsätze der deutschen Ärzteschaft“ dar, die auf der Basis bisheriger Beschlüsse Deutscher Ärztetage vom Vorstand der BuÄK zusammengefasst wurden. Präsident Hoppe sagte in Berlin der Politik zwar die Kompromiss- und Dialogbereitschaft der Ärzteschaft zu, warnte jedoch vor Irrwegen. Eine Gesundheitspolitik nach dem Motto „Weiter so“ lehnte er entschieden ab. Wörtlich sagte er: „Es wird den Patienten gerade da Service und Qualität versprochen, wo Rationierung und Zuteilung drohen.“ Mehrmals forderte er die Politik auf, sich nicht „auf die Ausgaben allein zu focusieren“, sondern auch „die stark erodierenden Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung zu thematisieren“. Grundsätzlich forderte er mehr „Mut zur Reform für eine Modernisierung der Krankenversorgung“.

Im Anschluss daran hatten die Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages Gelegenheit, ihre Positionen zu erläutern. Sie sicherten interfraktionell ihre Gesprächsbereitschaft zu. Franz Müntefering (SPD) kündigte



... und bayerische Delegierte am außerordentlichen Deutschen Ärztetag.

Entscheidungen in Sachen Gesundheitspolitik für April/Mai des Jahres an und nannte die bisherigen Eckpunkte lediglich „Meinungen“. Mehr Eigenverantwortung, Effizienz und Qualität sowie vor allem der Erhalt des solidarischen Krankenversicherungssystems seien die Eckpfeiler der SPD-Politik. Das deutsche Gesundheitswesen nicht kaputtreden wollte Krista Sager (Bündnis 90/Die Grünen). Sie forderte Reformbereitschaft von den Ärztinnen und Ärzten, um vorhandene Defizite im System zu beseitigen. Ein bürgerorientiertes Gesundheitswesen sei erklärtes Ziel ihrer Partei. Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP) stellte in seinem Statement die liberalen Inhalte einer Gesundheitsreform – Freiberuflichkeit, Wachstumsmarkt Gesundheit, Wettbewerb – kurz dar, machte aber deutlich, dass es ein „Lahnstein II“ mit der FDP so nicht geben könne. Konkrete Reformvorschläge bot Dr. Angela Merkel (CDU/CSU) an, in dem sie zum Beispiel für die Einführung eines Selbstbehaltes oder das Festschreiben der Arbeitgeberbeiträge eintrat. Eine klare Absage erteilte sie allen Standardisierungstendenzen in der Medizin und einer Staatsmedizin.



Ärzte-Präsident Hoppe bot der Politik Dialogbereitschaft an.

Dr. Manfred Richter-Reichhelm, 1. Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), betonte in seinem Statement, dass für Innovationen auch mehr Geld ins System kommen müsse. Er forderte die Abschaffung von Budgets und lehnte Einzelverträge von Ärztinnen und Ärzten mit den Krankenkassen ab. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Bundesvorsitzender des Marburger Bundes (MB), forderte nur solche Reformen ein, die den AiP abschafften, die Arbeitszeit im Krankenhaus thematisierten und den ambulanten und stationären Versorgungsbereich besser integrierten.

Schließlich kam es in Berlin zu einer groß angelegten gesundheitspolitischen Debatte, bei der die 250 Delegierten des Deutschen Ärztetages sowie eingeladene „Betroffene“ ausführlich die Möglichkeit zum Meinungsaustausch hatten. Das Ärzteparlament verabschiedete eine Resolution „Für eine neue soziale Krankenversicherung – individuelle Gesundheitsversorgung für alle“.

Dagmar Nedbal (BLÄK)